

Wie geht es der Zivilgesellschaft im Krieg?

Der jüngste jährliche Bericht der Carnegie Stiftung zur Demokratieförderung der Europäischen Union hat die Bedeutung der Unterstützung für demokratische Institutionen und Organisationen der Zivilgesellschaft betont. Jannik Steinwender, Mitglied des Bundesverbandes Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH) widmet sich in diesem Beitrag der ukrainischen Zivilgesellschaft im Krieg.

Der Krieg gegen die Ukraine zeigt, wie notwendig es ist, demokratische Institutionen und Organisationen der Zivilgesellschaft zu unterstützen. Der Report weist auf die Institutionalisierung der finanziellen Unterstützung durch die ‚Ukraine Facility‘ der EU und die Kooperation zwischen der europäischen und ukrainischen Gesellschaft hin. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Ukraine sollen mit mehr als 18 Milliarden Euro über die kommenden Jahre unterstützt werden.

Wirft man einen Blick in die ehemaligen sozialistischen Autokratien, so zeigen sich heute noch Rückstände der kleptokratischen Strukturen. Durch die Transformationswelle nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion übertrugen sich diese in teils von Korruption durchzogene, oligarchisch geprägte Systeme. Dieser Einschnitt durch Oligarchen und die damit verbundenen Probleme boten oftmals Konfliktpunkte mit einer Zivilgesellschaft, die Aufsicht und Teilhabe einforderte. Treibende Kräfte dieser Entwicklungen sind die zivilgesellschaftlichen Gruppierungen, die Organisationen und Verbände, Gewerkschaften und Clubs, die eine stärkere Mitbestimmung und dadurch höhere Transparenz fordern.

Bei Kriegsausbruch wies die Ukraine 96.258 zivilgesellschaftliche Organisationen auf. Der Krieg erschwert die Arbeit dieser erheblich. Er zwingt sie,

ihren Fokus sowohl auf die ursprüngliche Arbeit wie die Förderung der Menschenrechte, Wirtschaftskoordination und Journalismus, als auch auf die multidimensionale Unterstützung der Verteidigung zu legen. Im Februar 2022 pausierte jede dritte Organisation ihre Arbeit oder fokussierte sich auf humanitäre Hilfe. Der Einmarsch Russlands trug jedoch auch zu Neugründungen bei. Insbesondere im humanitären Sektor stieg die Zahl der Organisationen um das 7,6-fache an. Von den seit Februar 2022 neu gegründeten Organisationen geben laut einer Umfrage von Ednannia alle Organisationen an, weiterhin aktiv Projekte umzusetzen. Unter den vor 2022 gegründeten sind es 93,4 Prozent aller Organisationen. 20,9 Prozent, respektive 27,3 Prozent der neu Gegründeten geben an, regional oder national aktiv zu sein. Dies zeigt das umfangreichere Engagement gegenüber den vor 2022 gegründeten Organisationen. Zudem haben alle Organisationen Selbstvertrauen gewonnen und geben verstärkt an, aktiv in die Geschicke des Landes involviert zu sein. Die Relevanz der zivilgesellschaftlichen Organisationen schlägt sich auch in der repräsentativen Befragung der Organisationen wieder. 79,5 Prozent sehen in ihrer Arbeit ein Zusammenwachsen der Gesellschaft.

Eine notwendige Betrachtung gebührt auch der Adaption der zivilgesellschaftlichen Organisationen an den Krieg. Aufgrund ihrer Fähigkeiten der Demokratisierung durch Mobilisierung, Mitbestimmung und Monito-

ring, sind die organisatorische Anpassung und Aktivität ein wichtiger Indikator. Während lediglich 35,7 Prozent aller Organisationen angeben, sich vollständig an die Umstände angepasst zu haben, geben trotzdem nur 11,8 Prozent an, auf kritische Probleme zu stoßen. Der Blick in die Zukunft zeigt ebenfalls eine positive Trendlinie auf. Unter allen regelmäßig agierenden Organisationen zeigt sich Konsens: Sie wollen ihre Arbeit weiter ausbauen und haben häufig bereits konkrete Ziele vor Augen.

Um die Ukraine auch im Krieg und darüber hinaus nachhaltig demokratisch zu gestalten, ohne den Einfluss von Oligarchen und anderen revisionistischen Mächten, ist das aktive Engagement der Zivilgesellschaft fundamental. Denn dieses Engagement zeigt auf, dass das Interesse an Europäisierung und Demokratisierung trotz und auch gerade wegen des Krieges fortdauernd ist.

Jannik Steinwender



Der Euromaidan: Nachdem Präsident Janukowytsch 2013 die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU nicht unterzeichnen wollte, gab es monatelang Proteste